



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Siegersorgen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Siegerforgen



Wenn die Menschen gewohnt wären, Gedanken zu Ende zu denken und psychologischen Erwägungen denselben Raum zuzugestehen wie wirtschaftlichen, hätte man das gewaltige und für den gesamten Kulturbestand des Abendlandes bedrohliche Anwachsen der Arbeiterbewegung nach einem langen Kriege in allen Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht voraussagen können. Der Arbeiter argumentiert jetzt, weniger theoretisch aber unbewußt-gefühlsmäßig, so: Im Schützengraben bestand vor dem Tod absolute Gleichheit, der Tod sah nicht auf die Unterschiede von reich und arm, vornehm und gering, gebildet und ungebildet, fleißig und träge, klug und dumm. Da wir in dieser Gleichheit so lange wider Willen haben ausharren müssen, so soll sie jetzt, da sie uns Vorteil bringt, auch festgehalten werden, umsomehr, da die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus und der Nachkriegswirtschaft täglich aufs eindringlichste beweisen, daß die Arbeit des Proletariats für das Weiterleben der Nation ganz die gleiche Wichtigkeit hat, wie die Arbeit des Premierministers (die darum auch nicht besser bezahlt zu werden braucht). Da der Krieg nur mit unserer Hilfe gewonnen worden, eine Wiederherstellung des Friedenszustandes nur mit unserer Hilfe möglich ist, so wollen wir alles, was einzelne, die wir für Privilegierte halten, tun, auch tun können, selbst wenn es uns eigentlich gar keinen Spaß macht. Hinzu kommen die allgemeine Arbeitsunlust und die Teuerung, die sich in allen Ländern bemerkbar macht.

Die Schwierigkeiten werden täglich überall größer. Wohin diese Bewegung, die man mit logischen oder wirtschaftlichen Vernunftgründen vergeblich bekämpfen wird (die Leidenschaft Neid ist stärker als der schwache Verstand des Durchschnittsmenschen) noch gehen wird, ist vorläufig schwer abzusehen; da infolge der Kriegsnot die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse überall dringlicher geworden ist als ideelle Zukunftsorgen — es ist eben keine Frage, daß der Krieg etwas Kulturwidriges sei — und die Menschheit (wie der Krieg ja zum Teil gezeigt hat) auf eine Reihe von Jahren wohl ohne Kunst, Wissenschaft, Erziehung, Hygiene, aber nicht ohne Nahrung, Kleidung und Kohlen bestehen kann, so ist nicht zu erkennen, aus welchem Material man den Damm gegen die stets noch steigende Flut der zum Teil ganz sinnlosen, sich selbst betrügenden Begehrlichkeit des vierten Standes eigentlich bauen will, und da gewisse Erfahrungen, um wirksam zu werden, selbst durchgemacht werden müssen, ist es recht wohl möglich, daß nicht eher wieder eine geordnete Entwicklung möglich sein wird, als bis die Bewegung infolge ihrer inneren Unlogik sich auf der ganzen Welt selbst ad absurdum geführt hat, wie das jetzt in Rußland der Fall zu sein scheint.

Nicht minder schwer als Deutschland leidet unter dieser Entwicklung der Sieger England. Bereits 1912 wiesen deutsche Politiker darauf hin, daß die englischen Gewerkschaften viel zu mächtig geworden wären, als daß man einen Krieg ohne weiteres vom Zaune brechen könne, heute kann man tagtäglich in englischen Zeitungen lesen, und nicht bloß in liberalen, daß England ohne den guten Willen seiner Arbeiter verloren sei. Es ist bezeichnend für die Verschiebung der Machtverhältnisse, daß die Arbeiter das bereits vor dem Kriege stark abnehmende Vertrauen in ihre parlamentarische Vertretung zu großen Teilen gänzlich verloren haben und sich in Sachen der Intervention in Rußland für „direct action“, eine Vergewaltigung der Regierung durch Streikdrohung aussprechen, womit tatsächlich wieder das alte Sündprinzip in den Staatsorganismus eingeführt wird, nur daß nicht Adel und Geißlichkeit, sondern der Arbeiter der Herr des Staates wird. Dies spricht sich auch in dem Umstande aus, daß man bereits während des Krieges in England daran gegangen ist, neben den beiden Häusern des Parlaments ein drittes Haus, den National Industrial Council, ein Spezialparlament für Arbeit mit 400 Delegierten, zu schaffen, das dem Parlament Vorschläge machen und die Regierung beraten sollte, und nicht minder bezeichnend ist es, daß eine Kommission des Reichsamts für Wiederaufbau, das sogenannte

Whitley Committee, bereits die Notwendigkeit eines demokratischen Regimes für die Industrie betonte und die Einführung eines gemischten Räteystems aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern empfahl. Leider waren diese Überlegungen bei Einstellung der Feindseligkeiten noch nicht weit genug gediehen, als daß Streiks sogleich wirksam hätten verhütet werden können und so mußten im Februar Vertreter der Whitley-Räte zu einer besonderen Industrie-Konferenz berufen werden, die eine dreißig Mitglieder starke Kommission erwählte. Diese sollte die Magna Charta der englischen Arbeiterschaft ausarbeiten und verlangte außer weitgehender Arbeitslosenfürsorge und ausgedehntem Ausschluß der Kinderarbeit den Achtundvierzigstundentag. Gleichzeitig wurde die Frage der Nationalisierung der Bergwerke angeschnitten. Da aber über den Begriff und die Organisation dieser Nationalisierung sogleich weitgehende Meinungsverschiedenheiten entstanden, so wurde unter dem bedrohlichen Druck der Bergarbeiter vom Parlament im März die sogenannte Kohlenkommission eingesetzt, die mit weitgehenden Vollmachten in bezug auf öffentliche Vernehmung von Sachverständigen und Zeugen ausgestattet wurde und alle dokumentarischen, auch geheimen Unterlagen zu Rate ziehen durfte, die ihr zweckdienlich erschienen. Sie bestand aus dreizehn Mitgliedern: dem Richter Sankey als Präsident, drei Vertretern der sozialistischen Intelligenz (Sidney Webb, Chiozza Money und Lawney), drei Vertretern der Bergwerksbesitzer, zwei der Stahl- und Eisenindustrie, einem der Gasindustrie und den drei Führern des Arbeiterdreibundes, Rob. Smillie, Herb. Smith und Frank Hodges. Als es nach Beendigung der Vorarbeiten im Mai ernsthaft an die Erörterung der brennendsten Fragen ging, zeigte sich jedoch, daß die Kommission sogleich nach den Vertretern der verschiedenen Interessensphären unheilbar auseinanderfiel und der einzig Unparteiische der Präsident war, der wegen seines politischen und wirtschaftlichen Weitblicks anscheinend großes Vertrauen und zum mindesten allgemeines Ansehen besitzt. Und so fielen denn sowohl die sofort zu erledigenden Vorschläge betreffs der Lohnfragen und der Arbeitszeit wie der Nationalisierung recht verschieden aus. Bezüglich der Lohnfragen und der Arbeitszeit schlugen der Präsident und die Vertreter des Kapitals vor: für Untertagearbeiter eine Lohnerhöhung von zwei Prozent täglich und vom 16. Juli ab eine Stunde Arbeitszeit weniger, was auf den Siebenstundentag, Ein- und Ausfahrt nicht gerechnet, hinausfam, für Obertagearbeiter 46½ Stunden Wochenarbeit vom 16. Juli ab und Verkürzung um eine weitere Tagess Stunde von 1921 ab, vorausgesetzt, daß die derzeitige Wirtschaftslage dies gestattete. Die Sozialisten und Arbeitervertreter waren dagegen für eine dreißigprozentige Erhöhung der Gesamtlöhne und den Sechsstundentag vom 16. Juli ab, die Bergwerksbesitzer endlich gestanden ein Prozent tägliche Lohnerhöhung und Siebenstundenarbeitstag zu, doch ohne Anspruch auf spätere Erniedrigung der Arbeitszeit. Lloyd George entschied sich für den Vorschlag Sankeys; die Lohnerhöhung wurde sofort gezahlt, der Siebenstundentag sollte vom 16. Juli ab in Kraft treten. Auch in der zweiten Hauptfrage, der Nationalisierung der Bergwerke, stand Sankey, der seine Anschauungen in einem schnell berühmt gewordenen Bericht niederlegte, auf seiten der Arbeiter, so daß sich die Kommission mit sieben zu sechs Stimmen für Nationalisierung ausgesprochen hat. Sankeys Plan sieht für die Nationalverwaltung der Bergwerke drei Körperschaften vor: Lokalkräte, Bezirksräte und einen Nationalrat. Die Lokalkräte, die für Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter sorgen und den Leiter beraten sollen, sollen sich aus zehn Mitgliedern zusammensetzen: dem Betriebsleiter, dem Unterbetriebsleiter, dem Verkaufsleiter, vier Delegierten der Arbeiter und drei vom Bezirksrat Gewählten. Dieser letztere besteht aus vierzehn Mitgliedern: aus Präsident und Vizepäsident, die vom Minister ernannt werden, vier Arbeiterdelegierten und acht vom Nationalrat Gewählten und zwar vier davon zur Vertretung der Verbraucherinteressen, zwei technischen und zwei Handelsfachverständigen. Der Bezirksrat setzt die Kohlenpreise fest, entscheidet über Verkäufe und den Export und wählt alle Betriebs- und Handelsleiter des Bezirks. Der Nationalrat endlich setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Bezirksräte und wählt aus sich heraus achtzehn

Mitglieder, die einen Ausschuß zur Beratung des dem Parlament verantwortlichen Bergwerksministers wählen. Der Minister hat nach Befragung dieses gleichmäßig aus Arbeitern, Verbrauchern, Handels- und technischen Sachverständigen zusammengesetzten Ausschusses zu jedem Beschluß der Total- und Bezirksräte das Vetorecht, jedoch unter öffentlicher Angabe der Gründe. Wie man sieht, stellt dieser Plan eine Mitte zwischen dem Staatssozialismus mit seiner lähmenden Bürokratie und dem Arbeitersozialismus (das Bergwerk dem Arbeiter!) dar, große Teile des englischen Publikums, darunter auch die Arbeiterkonferenz von Southport sind für die Einführung dieses Planes, besonders da man überzeugt ist, daß unter allen Umständen rasch etwas Greifbares geschehen muß, um die seit Kriegsanfang in geradezu bedrohlichem Maße zurückgegangene Ausbeute zu heben und diese lebenswichtigste Industrie Englands, deren Aufrechterhaltung nicht nur für die andern Industrien, sondern auch für die englische Seemachtstellung von grundlegender Bedeutung ist, auf ihrer Höhe zu halten. Voraussetzung für die Gesamtdurchführung der Sankeyschen Vorschläge ist allerdings, daß die Gesamtausbeute sich wieder von den gegenwärtigen 217 auf 250 Millionen Tonnen jährlich hebt, was ohne eine durchgreifende Änderung des jetzigen Systems aber nicht für möglich gehalten wird.

Selbstverständlich sind jedoch lange nicht alle Teile des englischen Volkes mit dem Sankey-System einverstanden. Manche Arbeitergruppen halten eine Vertretung der Arbeiter im Verhältnis von vier zu zehn in den Bezirksräten nicht für genügend, die übrigen Interessengruppen führen einen heftigen Feldzug gegen den Plan überhaupt. Infolgedessen hat sich eine wilde Pressfehde entwickelt, in der die Vertreter des Besitzes die Arbeiter der Faulheit und des Landesverrates beschimpfen (tout comme chez nous!), die Arbeiter dagegen geltend machen, daß bei dem gegenwärtigen Zustande des Betriebsmaterials, das während des Krieges natürlich nur notdürftig instand gehalten worden ist, eine Steigerung der Produktion nicht möglich sei.

Angeichts dieser das ganze Land schwer erschütternden Fehde sah sich die Regierung in einer schwierigen Lage. Eine energische Aktion zur Rationalisierung der Bergwerke konnte ohne weiteres ihren Sturz nach sich ziehen, eine Weigerung aber brachte unfehlbar neue Differenzen mit den Arbeitern, die man angesichts der immer bedrohlicher werdenden amerikanischen Konkurrenz gern vermieden hätte. Man verfiel daher auf den Ausweg, der wie alle aus Unentschiedenheit eingeschlagenen Auswege unglücklich genannt werden muß: die Arbeiter vor der Öffentlichkeit unmöglich zu machen, indem man erklärte, vom 16. Juli ab müsse auf die Tonne Kohlen eine Preiserhöhung von sechs Schilling eintreten. Diese Erklärung rief sofort in allen Teilen des Publikums einen Sturm der Entrüstung hervor, um so mehr, als man im Juni noch, wie man jetzt behauptet infolge eines Rechenfehlers, die infolge der Einführung der Sankeyschen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung notwendig werdende Erhöhung auf vier Schilling drei Pence veranschlagt hatte. Es konnte leicht nachgewiesen werden, daß diese abnorme Erhöhung den Ruin der gesamten englischen Industrie, sowie des Ausfuhrhandels bedeute und gewisse Kreise sprechen offen davon, in diesem Falle zu amerikanischer Kohle greifen zu müssen, die trotz des Ozeanweges in London billiger käme als englische. Da aber die Arbeiter das Spiel der Regierung sogleich durchschauten, lenkte diese wieder insofern ein, als sie durch Bonar Law erklären ließ, man wolle abwarten, ob sich die Produktion in den nächsten Monaten heben würde und die Erhöhung des Kohlenpreises drei Monate hinauschieben, falls die Arbeiter sich verpflichten wollten, in der Zwischenzeit nicht zu streiken, wobei der Grundgedanke sichtlich der ist, die Arbeiter überhaupt erst einmal wieder an geregelte Arbeit zu gewöhnen. Am 17. Juli hat jedoch die Arbeiterkonferenz in Keswick es abgelehnt, dies Versprechen zu geben, was vorauszusehen war, da man damit der Regierung offenbar eine Handhabe zur Hinausschiebung der Rationalisierung zu geben fürchtete. Man machte geltend, daß zwischen Streikrecht und Preiserhöhung keinerlei sachliche Verbindung bestände, erklärte sich jedoch

bereit, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, falls Vorfrage zu sparsamerer Wirtschaft, zu der Sankey den Weg gezeigt habe, getroffen und ferner binnen dreier Monate ein Gesetz zur Verstaatlichung der Bergwerke eingebracht würde. Dieser Drohung aber hat die Regierung bisher nicht nachgeben wollen, trotzdem in Yorkshire und East Kent neue Streiks ausgebrochen waren, denen Teilstreiks in Südwales und Monmouth gefolgt sind.

Inzwischen hat sich die Lage bedrohlich zugespitzt. Eine ganze Anzahl von Industrien leiden bereits unter empfindlichem Kohlenmangel, die Streiks haben sich nach Lancashire und Nottinghamshire ausgedehnt und was das schlimmste ist: in Yorkshire ist auch das technische Personal ausständig, so daß die Gruben in Gefahr sind zu erlaufen. Die Regierung nutzt dies freilich energisch aus, um gegen die Arbeiter Stimmung zu machen, sieht sich aber genötigt, 5000 Matrosen zur Vertreibung der Pumpwerke zu entsenden, die natürlich als Streikbrecher angesehen werden. Die allgemeine Erregung ist infolgedessen so sehr gestiegen, daß es in London bereits zu Straßenkämpfen mit amerikanischen Truppen gekommen sein soll. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß es in den nächsten Wochen zu einer Machtprobe zwischen Regierung und Arbeiterschaft kommen wird. Fällt diese zugunsten der Arbeiter aus, so würde damit ein weiterer und sehr wichtiger Schritt zur Kolonisierung Europas durch Amerika getan worden sein, da England dann, vorausgesetzt, daß die Arbeiter ihre Ansprüche an die Lebenshaltung nicht heruntersetzen, gegen den amerikanischen Wettbewerb, der jetzt bereits bedrohlich ist, aufzukommen nicht in der Lage sein dürfte, besonders da auf eine nennenswerte sozialistische Bewegung in Amerika anscheinend nicht zu zählen ist. Wie aber steht es jetzt mit dem berühmten Ausspruch der „Saturday Review“: „Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt wird, gibt es übermorgen keinen Engländer, der nicht um so reicher wäre“? Imperialistenweisheit!

Menenius

Neue Bücher

Das Weichselland ein uralter Heimatboden der Germanen. So lautet der Titel eines im Verlag von Rasemann in Danzig eben erschienenen Büchleins, das den bekannten vorgeschichtlichen Forscher Professor Gustav Kossinna zum Verfasser hat.

Die Ergebnisse der vorgeschichtlichen Forschung ziehen in der kleinen Schrift an uns vorüber: Nach der letzten Eiszeit (etwa seit 9000 vor Christus) kamen als erste Menschen in das Ostseegebiet das indogermanische Urvolk. Die Indogermanen spalteten sich bald in zwei Zweige, den südlichen, der zur Donau hinwanderte, und den nördlichen, der im Ostseegebiet blieb. Zu den Süd-Indogermanen gehören u. a. die Slawen; den Kern der Nord-Indogermanen bildeten die Germanen und Nordillyrier (Veneter). In der Zeit von 4000—2000 vor Christus überwogen im Ostseegebiet die Germanen fast vollständig. Ihre größte Siedlungsdichte hatten sie an der Neke und der Weichsel zwischen Thorn und Graudenz. Das Gesamtgebiet ihrer Verbreitung reichte von Schleswig bis zu den Nokitnosümpfen. In der Bronzezeit (2000—750 v. Chr.) trennten sich die töpferkundigen Nordillyrier durch die untere Oder scharf von den bronzefundigen Germanen im Westen. Die Eisenzeit brachte dem Weichsel- und Oberland Vandalen mit ihren Steinfistengräbern, dann als zweite Welle die Rugier und Burgunder und schließlich als dritte Welle germanischer Übersutung die gotischen Gepiden mit ihrer Erdbestattung. Erst die Entblößung der Ostgebiete durch die Völkerwanderung (seit 150 n. Chr.) gestattete ein allmähliches Vorgehen der Slawen, die im Südosten Europas wohnten, und die sich seit dem 7. Jahrhundert zu Herren des Gebietes machen. Aber schon im 12. Jahrhundert kommen wieder